

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886845 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12



## Inhalt

Günter Verheugen MdB  
zur Diskussion über  
Deutschlands Rolle in  
der UNO: Deutschland  
muß in den Sicherheits-  
rat. Seite 1

Horst Niggemeier MdB  
bittet NATO-Generalse-  
kretär um Auskunft:  
Öffentlichkeit braucht  
Klarheit über militäri-  
sche Möglichkeiten zur  
Ausschaltung der ser-  
bischen Mörderban-  
den. Seite 3

Gert Weisskirchen MdB  
erinnert an Ernst Bloch:  
Verteidigte die Hoff-  
nung gegen die Furcht.  
Seite 4

Monika Ganseforth  
MdB warnt vor den  
Folgen der zerstörten  
Ozonschicht: Dramati-  
sche Zunahme der  
Hautkrebskrankun-  
gen ein Menetekel.  
Seite 5

Albert Pfuhl MdB kriti-  
siert den Brüsseler  
Agrarprotektionismus:  
Bundesregierung muß  
endlich gegen Import-  
regelungen für Bana-  
nen der EG-Kommis-  
sion vorstellig werden.  
Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

47. Jahrgang / 147

4. August 1992

### Deutschland muß in den Sicherheitsrat

Zur Diskussion über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik  
Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Von Günter Verheugen MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vereinte Nationen der SPD-  
Bundestagefraktion

Im Zusammenhang mit den gesteigerten Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland bei Aktionen der Vereinten Nationen - Sanitäter in Kambodscha, Hilfsflüge nach Sarajewo, Inspektionen im Irak - stellt sich drängend die grundsätzliche Frage nach der Rolle, die die Bundesregierung künftig in den Vereinten Nationen spielen will. Es ist richtig, daß die UNO von Deutschland viel erwartet, es ist richtig, daß Deutschland heute schon - allein durch seinen hohen Finanzierungsbeitrag - eine herausgehobene Rolle im UN-System spielt. Im krassen Gegensatz dazu stand bisher das demonstrative Desinteresse der Bundesregierung an einem ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat. Der Widerspruch ist offenkundig: einerseits erklärt die Bundesregierung, sie wolle ihre Rechte und Pflichten nach der UNO-Satzung erfüllen, andererseits scheut sie die Verantwortung, die ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat bedeuten würde. Jetzt kommen verwirrende Signale aus der Bundesregierung - will sie nun oder will sie nicht in den Sicherheitsrat?

Es ist an der Zeit, Klarheit in die deutsche UNO-Politik zu bringen. Dabei müssen folgende Grundsätze beachtet werden:

- der Sicherheitsrat bleibt die entscheidende Instanz in allen Krisenfällen. Deutschland kann sich aufgrund seiner Stärke und seines Einflusses nicht mit der Rolle eines bloß ausführenden Organs begnügen, es muß an den Entscheidungen gleichberechtigt mitwirken können.
- Die Vorstellung eines europäischen Sitzes im Sicherheitsrat ist noch für lange Zeit eine Illusion. Frankreich und Großbritannien sind nicht bereit, ihre Sitze als EG-Sitze zu verstehen. Auch ein deutscher Sitz kann deshalb kein EG-Sitz sein.
- Die Diskussion über die UNO-Reform schließt den Sicherheitsrat nicht aus. Mandat und Zusammensetzung sollen erweitert werden. Japan und einige große Entwicklungsländer betreiben ihre ständige Mitgliedschaft bereits jetzt sehr aktiv. Die notwendigen Mehrheiten zur Änderung der UN-Satzung sind keinesfalls ausgeschlossen.



Der deutsche Sitz im Sicherheitsrat kann und wird nicht im Alleingang zustandekommen. Das wäre auch nicht wünschenswert. Die Frage des deutschen Sitzes muß vielmehr im Zusammenhang mit der laufenden Reform der UN-Institutionen und der Erweiterung des Sicherheitsrates geregelt werden.

Wenn es aber wahr ist, was die Bundesregierung und die Koalitionsparteien behaupten, daß alle Welt Deutschland drängt, mehr weltpolitische Verantwortung zu übernehmen (bis hin zu bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr), dann kann es nicht wahr sein, daß die Welt gegen eine ständige deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat wäre. Es mag bei einigen unserer Nachbarn verständliche Sorgen über zu viel deutschen Einfluß geben, aber auch diesen Nachbarn sollte die Einbindung Deutschlands in die weltpolitische Verantwortung des Sicherheitsrates eine Garantie dafür sein, daß Deutschland seinen Einfluß maßvoll und verantwortungsbewußt gebraucht.

Es fällt also schwer, Gründe zu entdecken, warum die Bundesregierung sich so ziert. Die Fachleute in den Fraktionen des Bundestages sind längst zu der Erkenntnis gekommen, daß eine deutsche Politik, die Nein sagt zum Sicherheitsrat, aber im Grunde Ja meint, den deutschen Interessen deutlich schadet. Eine Regierung kann sich nicht aufführen wie eine höhere Tochter.

Schwierig ist die Frage des Vetorechts, das nach bisheriger Übung den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern zusteht. Zusätzliche ständige Mitglieder könnten kaum einen anderen Status erhalten - das Ergebnis wäre sonst eine Drei-Klassen-Gesellschaft im Sicherheitsrat. Das Vetorecht hat allerdings schon heute nur noch eine sehr eingeschränkte Bedeutung, auch hier hat das Ende des Kalten Krieges für Wandel gesorgt. Das Problem ist nicht mehr so brisant wie früher, man kann es ohne vorherige Festlegung getrost den notwendigen Verhandlungen überlassen.

Skrupel hinsichtlich der deutschen Mitgliedschaft, die auch in der deutschen Öffentlichkeit bestehen, sollen nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Deshalb sollte man sich klar machen, daß es nicht um mehr Macht geht, sondern um die angemessene Wahrnehmung einer Verantwortung, die Deutschland auferlegt ist. Ich fordere die Bundesregierung auf, deutlich zu erklären, daß sie einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat gemeinsam mit Japan und einigen führenden Ländern des Südens anstrebt.

Auf entschiedenen Widerstand der SPD stoßen allerdings Überlegungen, wie sie in der CDU/CSU-Fraktion angestellt werden: deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat als Prämie für die deutsche Beteiligung an UNO-Kampfeinsätzen. Die UNO verlangt weder von Deutschland noch von sonst jemanden Kampftruppen. Ihre vordringliche Sorge ist es, endlich genügend Mittel zur Finanzierung der laufenden und noch notwendigen friedenserhaltenden Operationen zu bekommen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland Mitglied des Sicherheitsrates wird, darf sie sich nicht als Vorreiter für militärische Einsätze verstehen. Sie sollte vielmehr vorangehen bei der Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, der Bekämpfung des Massenelends in der Dritten Welt und bei Maßnahmen gegen die globale Umweltzerstörung. Nur auf diese Weise kann eine friedliche, gerechte Weltordnung erreicht werden.

(-/4. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Öffentlichkeit braucht Klarheit über militärische Möglichkeiten zur  
Ausschaltung der serbischen Mörderbanden**

**Von Horst Niggemeier MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses**

Serbische Scharfschützen ermorden Kleinstkinder. Bosnische Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht. Aus den Berichten in den Flüchtlingslagern wird jetzt das grausame Ausmaß von Mord, Vergewaltigung und Folter an christlichen Kroaten und moslemischen Bosniern bekannt.

Diese Grausamkeiten und die Vertreibung von Kroaten und Bosniern aus ihrer angestammten Heimat werden einer geschockten und handlungsunfähigen Weltöffentlichkeit von der serbo-kommunistischen Führung als "ethnische Säuberung" dargestellt.

Da wird unter den Augen der Welt Völkermord betrieben. Das Wort des ersten SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher über die Kommunisten als die "rotlackierten Nazis" bestätigt sich einmal mehr beim serbo-kommunistischen Staatsführer Milosevic.

Alle Welt fragt, was denn noch an Grausamkeiten in all den undenkbaren Varianten der serbischen Soldateska passieren muß, ehe die zivilisierten Völker dieser Welt den Schlächter Milosevic in Belgrad seiner Mordwerkzeuge und seiner Helfershelfer beraubt?!

Müssen noch mehr Menschen dahingeschlachtet, gefoltert oder vertrieben werden? Noch mehr lebenslange Kriegskrüppel, noch mehr unglückliche Kinder ohne Eltern, noch mehr entwurzelte und auseinandergerissene Familien?

Niemand gibt Antwort. Die UNO? Einige der UN-Organisationen bemühen sich redlich und nach besten Kräften. Stichwort Blauhelme in Sarajewo und anderswo. Aber das reicht nicht. Das wird der Welt stündlich und täglich bewiesen.

Der UNO-Sicherheitsrat hat es im Falle Jugoslawiens an der notwendigen Konsequenz fehlen lassen; auch das halbherzig verkündete nachlässig kontrollierte Embargo kann das Versagen kaum noch kaschieren!

Das Schlachtfeld liegt mitten in Europa. Doch auch die zahlreichen europäischen Institutionen und Organisationen sind aus der Rolle des Papiertigers nicht herausgekommen.

Die EG, die WEU, die KSZE, die NATO - sie alle haben sich mit ihren Ministerräten und Parlamentarier-Versammlungen zwar als umtriebige "Resolutionäre" - eine Resolution jagte die andere - gekonnt in die Schlagzeilen der Medien gedrängt, aber die völkerrechtswidrigen Spielarten serbischer Grausamkeiten konnten damit bis heute nicht beendet werden.

In einem Brief an NATO-Generalsekretär Dr. Manfred Wörner habe ich jetzt darauf hingewiesen, daß "die NATO als die vielfach zitierte Wertegemeinschaft des demokratischen Westens von dieser dramatischen Entwicklung in gleicher Weise berührt sein wird, wie alle Menschen, die über das unmenschliche Geschehen auf dem Balkan entsetzt und über die angebliche oder auch tatsächliche Hilflosigkeit der zivilisierten Welt mehr als irritiert sind."

In diesem Brief heißt es dann weiter:

"Es mehren sich inzwischen jedoch die Stimmen, die da meinen, daß es mit Hilfe von Luftstreitkräften möglich wäre, zumindest den Einsatz von serbischen schweren Waffen zu verhindern, aber auch darüberhinaus die militärischen Fähigkeiten der serbischen Seite durch gezielte militärische Gegenmaßnahmen deutlich einzuschränken.

Daß es diese Möglichkeiten gibt, wurde bisher von den verschiedensten Seiten aus den verschiedensten Gründen bestritten - nicht zuletzt auch wegen der besonderen Gegebenheiten im Kampfgebiet.

Aus einer Presseveröffentlichung vom 3. August 1992 sei zitiert, was dort unter ausdrücklicher Berufung auf die NATO und den französischen Generalstab über die Bekämpfung des serbischen Terrors geschrieben wurde:

Tatsächlich sind weder Truppenmassen noch Okkupation notwendig. Es genügt, den Einsatz der serbischen schweren Waffen zu verhindern. Der Westen verfügt über alle Mittel und Waffen zu diesem Zweck, insbesondere über Luftaufklärung, Kampfflugzeuge und nahe gelegene italienische Flugplätze. Gezielte Luftangriffe gegen Feuerstellungen, Depots, Nachschubstraßen für Treibstoff und Artilleriemunition, gegen Führungsanlagen und Flugplätze würden ausreichen.

Die obigen Äußerungen veranlassen mich, Sie um die Beantwortung der Frage zu bitten, ob die oben dargestellte Einschätzung über die militärischen Möglichkeiten zur Beendigung beziehungsweise zur Einschränkung des Völkermords in Bosnien-Herzegowina und Kroatien so abwegig falsch ist oder welche Erkenntnisse es in der militärischen NATO-Führung in diesem Zusammenhang gibt.

Es geht mir mit diesem Schreiben nicht darum, irgendwelche Äußerungen der NATO über das Für und Wider eines militärischen Eingreifens - von welcher Seite auch immer - im ehemaligen Jugoslawien zu erhalten.

Vielmehr ist mir an Klarheit darüber gelegen, ob die in jüngster Zeit verbreitete Auffassung, daß ein militärisches Eingreifen ohne den gewünschten Erfolg bleiben müßte, auch von den Militär-Experten der NATO uneingeschränkt geteilt wird, oder ob es dazu auch solche Auffassungen gibt, wie ich sie oben zitiert haben.\*

Dem NATO-Generalsekretär gegenüber habe ich um eine baldige Antwort gebeten, damit endlich in der europäischen Öffentlichkeit Klarheit darüber geschaffen wird, ob es aus der Sicht von Experten eine vertretbare und erfolgversprechende militärische Aktion gegen die unformierten serbischen Mörderbanden geben kann. Es wäre dann die Sache der Politik zu entscheiden, ob es eine wie auch immer geartete militärische Aktion gegen die serbo-kommunistischen Verbände geben soll oder ob es bei der von Milošević befohlenen "ethnischen Säuberung" mit Mord, Vergewaltigung, Folter und Vertreibung der Nicht-Serben bleiben soll.

(-/4. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Verteidigte die Hoffnung gegen die Furcht Zum 15. Todestag von Ernst Bloch am 4. August

Von Gert Weisskirchen MdB

Sommer 1992 - die Vergangenheit kehrt zurück. Walter Benjamins Engel der Geschichte erinnert die Alpträume des Untergangs, Karl R. Poppers kritische Vernunft widersteht der Melancholie des Dejavu, Ernst Blochs "Geist der Utopie" behauptet den Vor-Schein des Traums gegen seinen Untergang in der inhumanen Wirklichkeit. Vor 15 Jahren starb er, der Sucher nach den Spuren des aufbegehrenden Menschen. Ernst Bloch verteidigte die Hoffnung gegen die Furcht, das Unabgegoldene gegen den Lauf der Dinge, die Häresie gegen das Dogma.

Seine "poetische Sendung", wie Hans Mayer sie beschrieb, war es, das Verborgene sichtbar, die Möglichkeit in der Wirklichkeit kenntlich zu machen. Die Kraft seiner Sprache schöpfte aus den Verletzungen, die die Zeit dem real Möglichen zufügte. So rettet Bloch Thomas Münzers Romantik gegen den Realismus Martin Luthers: die "unterirdische Geschichte der Revolution" sucht sich ihren Weg. Das messianische Erba seines Judentums verband ihn mit Karl Marx. Das umfassende Werk Ernst Blochs kehrt in seinen Reflexionen immer wieder zu den "Feuerbach-Thesen" zurück, variiert in literarischen Symphonien bis zu seiner letzten Schrift "Tendenz - Latenz - Utopie" die Grundmelodie seines

Lebens: alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein verächtliches, ein verschollenes Wesen ist.

Seine ungebändigte Sehnsucht nach nichtentfremdetem gesellschaftlichen Leben ist in Heidelberger Philosophendebatten, angeregt von Max Weber, mitgestaltet von Theodor Heuss, Karl Jaspers, Georg Lukacz, Friedrich Naumann, Gustav Radbruch und Ernst Troeltsch, auf Widerspruch gestoßen.

Diese Erfahrung verließ ihn nie mehr. Die Kühle zwischen ihm und Max Horkheimer, die Verlorenheitsgefühle in der Emigration, die wachsende Verzweiflung in der jungen DDR, schließlich die nie nachlassenden Versuche, in der Bundesrepublik gegen die Wirklichkeit am Sozialismus festzuhalten: sein Leben blieb in der Spannung zwischen verdunkelter Gegenwart und hellem Zukunftsentwurf. Sein großes Projekt war die "Naturalisierung des Menschen, die Humanisierung der Natur."

Gegen alle Angst seiner Zeit schrieb er an. Trotz des Schreckens totalitärer Herrschaft, trotz der Explosionen des Nationalismus, trotz des Verlusts an Menschlichkeit. Sein "Prinzip Hoffnung" schließt er mit dem Blick auf ein anderes Leben:

"Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat."

(-/4. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Dramatische Zunahme der Hautkrebserkrankungen ein Menetekel Zur Zunahme des gefährlichen schwarzen Hautkrebses in Deutschland

Von Monika Ganseforth MdB  
Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre"

In den letzten Jahren haben sich die Neuerkrankungen an schwarzem Hautkrebs in Deutschland mehr als verdoppelt. Sie betragen jetzt jährlich 12 Neuerkrankungen auf 100.000 Menschen. Regional werden sogar Werte bis zu 15 Neuerkrankungen festgestellt. In den sonnenreichen Zonen der Erde erreicht die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen 40.

Therapeutische Erfolge bei diesem gefährlichen Tumor, der wie kein anderer zunimmt, sind gering. Diese dramatische Entwicklung muß nun endlich die Bundesregierung überzeugen, daß sie handeln muß. Ein Sofortausstieg aus der FCKW-Produktion und -Anwendung sowie anderer ozonzerstörender Stoffe muß durchgesetzt werden. Die Verhandlungen des Bundesumweltministeriums mit der Industrie, die Zeit gewinnen will und auf problematische Ersatzstoffe setzt anstatt völlig andere Verfahren in die Überlegungen einzubeziehen, schleppen sich hin und kommen zu keinem Ergebnis. Dabei ist seit Jahrzehnten bekannt, daß FCKW die schützende Ozonschicht zerstören. Ohne Ozonschicht ist Leben auf der Erde nicht möglich.

Die harte UV-B-Strahlung, die ohne Ozonschutzschild die Atmosphäre erreicht, hat negative Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum. Dadurch können große Ernteeinbußen entstehen. Es ist auch zu befürchten, daß die Ozeane als CO<sub>2</sub>-Senke beeinträchtigt werden und damit der Treibhauseffekt verstärkt wird. Besonders dramatisch ist aber die direkte Auswirkung auf den Menschen.

Neben der Zunahme der Hautkrebserkrankungen wird das Immunsystem des Menschen beeinträchtigt. Das führt zu einer erhöhten Infektionsrate und zu einem schweren Krankheitsverlauf.

Dazu kommen die Augenschädigungen. Die sogenannte Schneeblindheit, die durch UV-B-Strahlen hervorgerufen wird, verschwindet wieder. Aber die Zunahme von Katarakten führt zur Zunahme der Erblindungen. Besonders Kinder und Jugendliche sind hier gefährdet. Der Hinweis auf das geänderte Freizeitverhalten, als Ursache der verstärkten Bestrahlung hilft nicht weiter und der Appell, intensive Sonnenbestrahlung zu vermeiden, ist gut gemeint, aber nicht sehr wirksam

Gefordert ist eine Politik der Bundesregierung, die

- keine weitere Zerstörung der Ozonschicht zuläßt,
- die sich verstärkt der Erforschung der Wirkung der UV-B-Strahlung auf den Menschen widmet.

(-/4. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Bundesregierung muß endlich gegen Importregelungen für Bananen der EG-Kommission vorstellig werden**

Von Albert Pfuhl MdB

Das jetzt in Brüssel vorgelegte neueste Modell der Agrarmarkordnung, welches den Import der sogenannten "Dollarbananen" aus Lateinamerika mengenmäßig begrenzen soll, um französischen und spanischen Früchten einen besseren Marktanteil zu sichern, symbolisiert in krasser Weise den Brüsseler Agrarprotektionismus.

Die neue Bananenordnung sieht vor, daß ein erstes Importkontingent an Dollar-Bananen von 1,4 Millionen Tonnen im Jahr mit 20 Prozent Zoll belastet wird und dieses kann im Jahr um drei Prozent wachsen. Für ein zweites Importkontingent von 0,6 Millionen Tonnen muß der Großhandel nachweisen, daß er eine bestimmte Menge EG-Bananen eingeführt hat, möglicherweise die doppelte Menge. Daraus ergibt sich eine EG-Einfuhrquote für Dollarbananen von zwei Millionen Tonnen; jedoch allein in Deutschland liegt der jährliche Verzehr um die 2,7 Millionen Tonnen. So ist die geplante Regelung "ein Schlag ins Gesicht der deutschen Verbraucher", die mit massiven Preiserhöhungen für die "gelbe Frucht" konfrontiert werden.

Doch auch die laufenden GATT-Verhandlungen drohen an der EG-Bananenpolitik zu scheitern, denn sollte sich die Brüsseler Behörde mit ihren Plänen durchsetzen, so kann man davon ausgehen, daß auch andere Länder für sie wichtige Produkte aus den Verhandlungen ausklammern und mit eigenen Importbeschränkungen versehen.

Und auch für die Entwicklungspolitik sind schwerwiegende Nachteile unvermeidlich; auf der einen Seite wird mit staatlichen Mitteln versucht, die Bauern in Lateinamerika von dem ohnehin einträglichen Anbau von Koka- und Mohnpflanzen abzubringen und auf der anderen Seite werden die bananenerzeugenden Ländern daran gehindert, ihre Ware auf den Markt zu bringen.

Dies alles kann und darf nicht im Interesse der Bundesregierung liegen und sie wird aufgefordert, sich unverzüglich und mit Nachdruck gegen die Umsetzung der Brüsseler Bananen-Markordnung einzusetzen.

(-/4. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*